

Heike Holbig

Fünf Jahre Hongkong in der VR China

Die Grenzen verschwimmen

Gliederung

Einleitung: Von der „goldenen Gans“ zum „Mühlstein“ am Halse Beijings?

Autonomie und demokratische Freiheiten

Verzicht Beijings auf Einmischung, doch Ängste bestehen fort

Aushöhlung der Pressefreiheit

Sinkende Toleranz gegenüber dissidenten Gruppen

Mangelnder Raum für demokratische Partizipation

Wachsende wirtschaftliche Verflechtung mit dem Festland

„Who needs Hong Kong?“

Bemühungen um eine „enge wirtschaftliche Partnerschaft“

Umfassende Integration mit dem Festland ...?

... oder Bewahrung des einzigartigen internationalen

Profils?

Ausblick

Einleitung: Von der „goldenen Gans“ zum „Mühlstein“ am Halse Beijings?

Am 1. Juli 2002 jährte sich das historische Datum der Rückgabe der ehemaligen britischen Kronkolonie Hongkong an die Volksrepublik China zum fünften Mal. Am selben Tag wurde Tung Chee-hwa als Regierungschef der Sonderverwaltungsregion (SVR) für seine zweite Amtszeit vereidigt. Gemeinsam mit seinem neuen Kabinett, bestehend aus 14 politischen Spitzenbeamten, die im Rahmen eines neu eingeführten „ministeriellen Systems“ der Hongkonger Verwaltung nunmehr vorangestellt werden, wird er für – maximal – weitere fünf Jahre die Geschicke Hongkongs lenken.

Nachdem die internationale Öffentlichkeit die Metropole in den vergangenen Jahren zunehmend aus den Augen verloren hat, gab das prominente Datum nun Anlass für einen Rück- und Ausblick auf das in der SVR praktizierte System „Ein Land, zwei Systeme“. Nicht nur zahlreiche Stimmen in Hongkong und der VR China, sondern auch verschiedene internationale Stimmen haben die Gelegenheit ergriffen, um ihre Einschätzung der Entwicklung Hongkongs seit dem Souveränitätswechsel am 1. Juli 1997 abzugeben.

Der vorliegende Beitrag will – aus gegebenem Anlass – die aktuelle Situation Hongkongs gewissermaßen durch die Brille der vielfältigen Kommentatoren beleuchten. Damit zielt er zum einen auf eine kritische Bestandsaufnahme gegenwärtig kursierender Einschätzungen, zum anderen auf eine breit fundierte, differenzierte und ausgewogene Darstellung verschiedener politischer, sozialer und ökonomischer Faktoren, die die gegenwärtige Lage Hongkongs sowie die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung des Systems „Ein Land, zwei Systeme“ bestimmen. Eine erste Analyse der Entwicklung des politischen Systems der SVR war bereits vor zwei Jahren anlässlich des dritten Jahrestags der Rückgabe Hongkongs erfolgt. (Für den an Hintergrundinformationen interessierten Leser mag es sich anbieten, die im Sommer 2000 in dieser Zeitschrift veröffentlichte dreiteilige Artikelserie zu konsultieren, in der die Entwicklungen der Exekutive, Legislative, Judikative und der „vierten Gewalt“ der Presse in Hongkong zwischen 1997 und 2000 im Detail untersucht wurden; siehe C.a., 2000/7, S.785-800, 2000/8, S.907-916, 2000/9, S.1048-1058.)

Zwei Diskussionsstränge, die weitgehend getrennt voneinander verlaufen, prägen die Beschäftigung mit Hongkong. Der erste Strang widmet sich der Frage nach der Aufrechterhaltung der Autonomie Hongkongs und der demokratischen Freiheiten, wie sie im *Basic Law* festgeschrieben sind, während der vergangenen fünf Jahren. Hier handelt es sich um einen in erster Linie ideellen Diskurs über den Schutz ziviler Rechte und deren Gefährdungen, über Erwartungen und Hoffnungen hinsichtlich einer weiteren Demokratisierung sowie über Desillusionierungen und Ängste. Er wird von prodemokratischen Kräften in Hongkong (und in defensiver Reaktion darauf von Regierungsvertretern der SVR), von Vertretern lokaler und internationaler Medien, Menschenrechts- und anderer Nichtregierungsorganisationen sowie von Vertretern westlicher Regierungen geführt. Sie stimmen weitgehend darin überein, dass die chinesische Zentralregierung in Beijing auf Einmischungen im Großen und Ganzen verzichtet hat und das Prinzip „Ein Land, zwei Systeme“ bislang im Wesentlichen intakt geblieben ist. Die Meinungen gehen allerdings auseinander, was die Verortung der aktuellen Lage in den Kontext politischer Erwartungen angeht: Regierungsvertreter in Hongkong und im Westen heben gern die positive Tatsache hervor, dass sich keine der schlimmen Befürchtungen über autoritäre Bevormundung und Repression durch die Beijinger Führung bewahrheitet habe. Demgegenüber projizieren demokratische Kräfte und Nichtregierungsvertreter ebenso wie die internationale Presse vor allem Ängste hinsichtlich einer unterschwelligen Erosion der politischen Freiheiten. Entsprechend dominieren pessimistische Erwartungen hinsichtlich der Zukunft der Demokratie in der SVR.

Der zweite Diskussionsstrang befasst sich – weitgehend losgelöst von den Fragen politischer Autonomie und demokratischer Freiheiten – mit der zunehmenden wirtschaftlichen Verflechtung zwischen Hongkong und dem Festland. Dieser pragmatische Diskurs wird von den Regierungen Hongkongs und der VR China sowie den Wirtschaftseliten beider Seiten geführt. Die Diskussion hat sich vor dem Hintergrund einer sich zusehends verschlechternden wirtschaftlichen Situation Hongkongs im zurücklie-

genden Jahr deutlich intensiviert und ist verstärkt auch in die englischsprachige Presse Hongkongs vorgedrungen. Angesichts der verschlechterten Wirtschaftsaussichten erscheint eine stärkere ökonomische Integration mit dem umliegenden Perlfloss-Delta als das Gebot der Stunde. Eine heftige Kontroverse rankt sich hier allerdings um die Frage, wie weit die Verflechtungen mit dem Festland gehen sollten. Während eine wachsende Zahl von Stimmen ein möglichst umfassendes Engagement auf dem „heimischen Markt“ der Volksrepublik als die einzige Rettung für die Wirtschaft Hongkongs empfiehlt, warnen andere davor, die ökonomischen – und damit auch die politischen und gesellschaftlichen – Grenzen zwischen Hongkong und dem Festland zu stark zu verwischen. Die Metropole müsse vielmehr in ihrem eigenen und in Chinas Interesse ihre ökonomische Eigenständigkeit und ihr international einzigartiges Profil bewahren, um nicht zu „einer unter vielen chinesischen Städten“ herabzusinken.

Der vorliegende Beitrag argumentiert, dass die Veränderung der wirtschaftlichen Position Hongkongs gegenüber dem chinesischen Festland ausschlaggebend für die weitere Entwicklung des politischen Systems der SVR sein wird. Genoss das kapitalistische Hongkong am Vorabend des Souveränitätswechsels als „goldene Gans“ einen gewissenmaßen ökologischen Schutz seiner Autonomie und politischen Freiheiten, so bringt die allmähliche Wahrnehmung Hongkongs als eine Bürde der chinesischen Zentralregierung eine nachhaltige Verschiebung der politischen Kräfteverhältnisse mit sich. Während die Anreize für einen aktiven Schulterschluss mit der Beijinger Führung steigen, von deren „Goodwill“ die ökonomischen Chancen Hongkongs auf dem Festland abhängen, verlieren die institutionellen Sicherungen zur Wahrung der politischen Autonomie zunehmend an Bedeutung. Konnte die internationale Öffentlichkeit in der Vergangenheit beanspruchen, die Geschicke Hongkongs durch ihr aufmerksames Wachen über die politische Situation positiv zu beeinflussen, so könnte ihre Rolle in den kommenden fünf Jahren erheblich an Relevanz einbüßen. Für die zweite Amtszeit Tung Chee-hwas ist zu erwarten, dass die nun weiter gestärkte Exekutive unter seiner Führung einen noch dominanteren Regierungsstil pflegen wird, der den Interessen auf dem Festland klaren Vorrang vor Erwägungen hinsichtlich des internationalen Image Hongkongs geben dürfte.

Autonomie und demokratische Freiheiten

Verzicht Beijings auf Einmischung, doch Ängste bestehen fort

Internationale Kommentatoren sind sich, unabhängig von ihrer politischen Zuordnung, darin einig, dass die chinesische Führung sich grundsätzlich an die Vereinbarungen des Systems „Ein Land, zwei Systeme“ gehalten und auf Einmischungen in die Autonomie Hongkongs weitestgehend verzichtet hat.¹ Positiv vermerkt wird insbesondere,

dass die Volksbefreiungsarmee, die rund 5.000 Mann in der SVR stationiert hat, entgegen seit 1989 verbreiteter Schreckensszenarien von militärischen Repressionen gegen Zivilisten bislang im öffentlichen Leben nicht in Erscheinung getreten ist. Auch wird der Zentralregierung in Beijing bescheinigt, dass sie in den zurückliegenden fünf Jahren gegenüber Hongkong eine vornehme Zurückhaltung an den Tag gelegt habe – abgesehen von einigen Vorstößen individueller Funktionsträger im Kontext der SVR-Administration, die mehrmals die Loyalität Hongkongs in sensitiven Fragen volksrepublikanischer Politik eingefordert hatten. Eingestanden wird außerdem von den meisten Kommentatoren, dass die Verfassungskrise, die 1999 im Zusammenhang des Streits um das Aufenthaltsrecht von Festlandsbürgern in Hongkong entstanden war, hausgemacht war und nicht auf einer eigenmächtigen Einmischung des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses Chinas in die gerichtliche Eigenständigkeit der SVR beruhte (zu diesem Verfassungsstreit s. ausführlich C.a., 2000/8, S.907-916).

Trotz dieser positiven Einschätzungen bangen zahlreiche Stimmen um die zivilen Rechte und demokratischen Freiheiten in Hongkong. Auch wenn es zu keinen offiziellen Einmischungen von Seiten der chinesischen Führung gekommen ist, so wird doch konstatiert, dass sich die Hongkonger Regierung immer stärker in einer Art und Weise verhält, die eine wachsende politische Druckausübung Beijings vermuten lässt. Im Verlauf der ersten Amtsperiode Tung Chee-hwas, so wird argumentiert, hat die Exekutive es zunehmend an einem aktiven Schutz der verfassungsmäßig verbrieften zivilen und politischen Rechte fehlen lassen. Die demokratischen Freiheiten werden somit nach und nach unterhöhlt. Vor allem im vergangenen Jahr hat die Hongkonger Regierung darüber hinaus eine wachsende Intoleranz gegenüber dissidenten Meinungsträgern an den Tag gelegt. Gegen gesellschaftliche Gruppen, denen Beijing mit Misstrauen begegnet, die aber bislang ihre Interessen in Hongkong unbehelligt artikulieren konnten, wurden zunehmend restriktive Maßnahmen eingesetzt. Dieser Trend einer unterschweligen Erosion der politischen Freiheiten wird insbesondere an den Aspekten der Pressefreiheit, des Umgangs mit Protesten und der Funktionsfähigkeit der demokratischen Strukturen festgemacht.

Aushöhlung der Pressefreiheit

Hongkonger Journalisten und internationale Kommentatoren beklagen vielfach die graduelle Aushöhlung der Pressefreiheit und der freien Meinungsäußerung. Mehr oder weniger subtile Zensuranstrengungen von offizieller Seite spielen dabei ebenso eine Rolle wie die wachsende Neigung der Hongkonger Medien zur Selbstzensur. So ergingen in den ersten Jahren nach dem Souveränitätswechsel wiederholte Mahnungen volksrepublikanischer Vertreter an die Adresse der Hongkonger Medien, sie sollten sich bei sensitiven Themen wie der politischen Zukunft Taiwans oder Tibets, Falungong oder Interna der parteistaatlichen Führung in Beijing mit kritischer Berichterstattung zurückhalten. Der letzte prominente Vorstoß

¹Repräsentativ für eine solche Einschätzung sind etwa die folgenden Presseartikel: WSJ, 6., 10., 28., 30.6.2002; FT, 28.6., 1.7.2002; SCMP, 1.7.2002; ST, 30.6.2002; FAZ, 29.6.2002; SZ, 1.7.2002; Die Welt, 1.7.2002; NZZ, 2.7.2002; vgl. auch die Analyse Wil-

ly Wo-lap Lam, „Hong Kong, 1997-2002“, in: *China Brief*, vol. 2., issue 13 (20.6.2002), via: http://china.jamestown.org/pubs/view/cwe_002_013_001.htm.

dieser Art war Anfang 2000 von Wang Fengchao, dem stellvertretenden Direktor des volksrepublikanischen Verbindungsbüros in der SVR, erfolgt, der gefordert hatte, über Positionen, die Unabhängigkeit Taiwans verträten, nicht zu berichten. Auch die redaktionelle Unabhängigkeit der staatlichen Fernseh- und Rundfunkanstalt Radio Television Hong Kong (RTHK) war mehrfach Gegenstand von Angriffen offizieller Vertreter.²

Konkretere Zensurschritte von chinesischer Seite bestanden im Verlauf der vergangenen fünf Jahre außerdem in wiederholten Festnahmen von Hongkonger Journalisten, die mangels ausreichender Akkreditierungen ohne offizielle Lizenz auf dem Festland recherchierten. Zwar wurden die Journalisten meist nach mehreren Stunden wieder freigesetzt, die Verhöre und Verwarnungen trugen jedoch zu einer wachsenden Verunsicherung in Medienkreisen bei. Eine eklatante Beeinträchtigung der freien Meinungsäußerung und der Freiheit der wissenschaftlichen Forschung durch die chinesischen Behörden wurde schließlich in der Festnahme von mehreren Amerikanern chinesischer Herkunft gesehen. Starke Verunsicherung löste seit dem Sommer 2000 insbesondere die Verhaftung und spätere Verurteilung Li Shaomins, eines an der City University of Hong Kong tätigen Sozialwissenschaftlers, wegen Spionagevorwürfen aus. Gleiches galt zuletzt für den Fall Xu Zerongs, einen in Hongkong lebenden Historiker, der im Januar 2002 in China zu 13 Jahren Haft verurteilt wurde, weil er angeblich Staatsgeheimnisse verraten hatte (vgl. C.a., 2001/8, Ü 29, 2002/1, Ü 15).³

Auch von Seiten der Hongkonger Regierung wurden Versuche der Beeinträchtigung der freien Meinungsäußerung gemeldet. So wurden im Sommer 2000 Anstrengungen Andrew Los, des persönlichen Assistenten Tung Chee-hwas, aufgedeckt, Druck auf die Leitung der Hong Kong University ausgeübt zu haben, dort erhobene Meinungsumfragen über die Popularität der SVR-Regierung einzustellen, da diese dem Ansehen des Regierungschefs schaden (vgl. C.a., 2000/8, Ü 30). Im Sinn einer positiven Steuerung der Medienberichterstattung haben offizielle Vertreter die Hongkonger Medien wiederholt dazu aufgerufen, „Patriotismus“, „Solidarität“ und das „Vertrauen“ der Bevölkerung in die Regierung zu fördern – so zuletzt auch Tung Chee-hwa persönlich anlässlich der Eröffnungsveranstaltung des „World Newspapers Forum“ Mitte Juni in Hongkong.⁴ Besonderes Aufsehen in Hongkonger Journalistenkreisen erregten in den vergangenen Monaten Eingriffe der Polizei, die versucht haben soll, die Berichterstattung über öffentliche Protestaktionen in der SVR zu erschweren. Symbolisch schwerwiegend war insbesondere ein Fall im April 2002, als zwei Journalisten, die Zeugen einer Ausweisungsaktion von illegal in Hongkong lebenden Festlandsbürgern waren, wegen einer angeblichen Ordnungswidrigkeit von der Polizei in Handschellen abgeführt wurden. Mehrere Journalistenvereinigungen haben

auf diesen Vorfall hin Protest bei den zuständigen Behörden erhoben.⁵

Anlass zur Sorge ist aber vor allem ein nachhaltiger Trend zur Selbstzensur in den Hongkonger Medien. Besonders augenfällig ist dieser Trend in den vergangenen zwei Jahren im Bereich der englischsprachigen Presse Hongkongs geworden. So trennte sich die *South China Morning Post*, vormals ein Flaggschiff chinakritischer Berichterstattung, seit 1997 von mehreren ihrer herausragendsten Journalisten. Großes Aufsehen erregte die Entlassung des bekannten Chinaexperten Willy Wo-lap Lam Ende 2000 und des Beijing-Korrespondenten Jasper Becker im April 2002, in beiden Fällen offenbar aus Gründen einer zu kritischen Chinaberichterstattung (vgl. C.a., 2000/12, Ü 40, 2002/1, Ü 39).⁶ Becker selbst beschrieb die Neigung der Redaktion der SCMP zur Selbstzensur mit den folgenden Worten:

„[...]T]he paper's editors became steadily more cautious about covering stories which the government in Beijing considered particularly sensitive. The pressure on my colleagues and me to temper our coverage increased markedly in the last year. [...]The changing mentality of Hong Kong's elite – a group desperate to be seen as more Catholic than the Pope but constantly insecure about how to interpret Beijing's wishes – has created a new dynamic of self-censorship.“⁷

Der Versuch der im Mai 2000 ins Leben gerufenen englischsprachigen *Hong Kong iMail*, sich als Konkurrent der *South China Morning Post* im Segment seriöser politischer Tagesberichterstattung auf dem Markt zu etablieren, ist inzwischen gescheitert. Nachdem die Sing-Tao-Gruppe, die Eigentümerin der Zeitung, im Herbst 2001 aus Kostengründen insgesamt 80 Mitarbeiter entlassen musste, beschränkte sich die Zeitung (die seit Mai 2002 unter dem Namen *The Standard* weitergeführt wird) weitgehend auf Wirtschafts- und Sportberichterstattung. Damit erhält die *South China Morning Post* eine Monopolstellung, die befürchten lässt, dass die Qualität der Berichterstattung über politisch sensitive Themen weiter sinken wird.⁸

Ökonomische Zwänge verstärken die Neigung zur Selbstzensur auf breiter Basis. So mussten angesichts der schlechten konjunkturellen Lage und dem daraus resultierenden Rückgang der Werbeeinnahmen zahlreiche Presseorgane, Fernseh- und Rundfunksender Mitarbeiter entlassen. In relativ privilegierter Position sind jene Medienorgane, die nachweislich eine Beijing-freundliche Linie vertreten, allen voran die Zeitungen *Wen Wei Po* und *Ta Kung Pao*. Von der politischen und wirtschaftlichen Elite

⁵HKJA, Article 19 (Hg.), *ibid.*, S.12/13.

⁶COMTEX Newswire, 29.4.2002; *Pingguo Ribao (Apple Daily)*, 30.4.2002; *Washington Post*, 1., 4., 11.5.2002; AWSJ, 7., 8.5.2002.

⁷Jasper Becker, „Why I Was Fired“, in: AWSJ, 7.5.2002. Nach Angaben Beckers ging seine Entlassung mit einer administrativen Veränderung einher: Während die Korrespondenzbüros Hongkonger Medienorgane auf dem Festland früher der Kontrolle des Außenministeriums unterstanden und entsprechend als „ausländische Einrichtungen“ galten, sind sie (zumindest teilweise) seit September 2001 der Aufsicht des Büros des Staatsrats für Hongkong und Macau unterstellt. Damit gelten sie als inländische Einrichtungen, was eine erheblich stärkere personelle und redaktionelle Kontrolle nach sich zieht; vgl. HKJA, Article 19 (Hg.), *ibid.*, S.10.

⁸HKJA/ Article 19 (Hg.), *ibid.*, S.22/23.

²Zum Thema der Pressefreiheit siehe den jüngsten ausführlichen Jahresbericht der Hong Kong Journalists Association (HKJA)/ Article 19 (Hg.), „The Line Hardens – New Threats to Freedom of Expression“, Hongkong, June 2002, via: www.freeway.org/hkja (Auf: 3.7.2002).

³HKJA/ Article 19 (Hg.), *ibid.*, S.19/20.

⁴XNA, 14.6.2002; vgl. auch Xinhua, 30.6.2002, nach BBC PF, 3.7.2002.

werden sie selektiv durch Informationszugang und Werbeaufträge bevorteilt, was auch in anderen Pressehäusern die Anreize erhöht, ihre Berichterstattung politisch anzupassen.⁹

War in den ersten Jahren nach der Übergabe Hongkongs noch ein Wettbewerb zwischen den verschiedenen Verlagshäusern zu beobachten, dem allgemein beklagten Trend zur Selbstzensur zu widerstehen und durch kritische Beiträge das Interesse der Leser zu stärken, so konkurrieren inzwischen chinesisch- und englischsprachige Hongkonger Medien – mit wenigen Ausnahmen – in erster Linie um eine (möglichst geschickt verbrämte) politische Korrektheit. Unter anderem verliert die Hongkonger Presse damit nach und nach ihr früheres Profil als Träger einer kritischen, Insider-Informationen aus erster Hand verwendenden Chinaberichterstattung, die sie zur unverzichtbaren Lektüre für China-Watcher weltweit machte.

Sinkende Toleranz gegenüber dissidenten Gruppen

In den vergangenen Monaten häuften sich Vorfälle, in denen die Behörden polizeiliche und justizielle Maßnahmen ergriffen, um gegen dissidente Meinungsträger vorzugehen. Beobachter werten dies als ein Zeichen sinkender Toleranz der Hongkonger Regierung gegenüber – in den Augen der chinesischen Führung – missliebigen Individuen oder Gruppen. Sie sehen darin eine Verletzung der Versammlungsfreiheit und anderer demokratischer Freiheiten und eine empfindliche Beschneidung der Protestkultur, die das politische Leben in Hongkong seit Mitte der 1980er Jahre prägt.

Mitte Mai wurden drei Aktivisten angeklagt, die im Februar 2002 eine Demonstration organisiert hatten, ohne vorher eine polizeiliche Genehmigung eingeholt zu haben, wie eine umstrittene „Verordnung zur öffentlichen Ordnung“ („Public order ordinance“) dies verlangt. Es war zum ersten Mal seit 1997, dass aus diesem Grund tatsächlich ein Gerichtsverfahren gegen Demonstranten eröffnet wurde. Im April 2002 hatte die Polizei eine mehrwöchige Demonstration von Festlandsbürgern gewaltsam aufgelöst, denen das Aufenthaltsrecht in Hongkong verweigert worden war und die gegen ihre Ausweisung protestierten (vgl. C.a., 2002/4, Ü 40). Im März 2002 wurden in Hongkong erstmals Anhänger der Falungong-Bewegung, die in der Volksrepublik seit Juli 1999 verboten ist, in Hongkong bislang aber als eingetragene Vereinigung rechtlichen Schutz genießt, gerichtlich belangt. 16 Hongkonger und ausländische Falungong-Anhänger wurden der Ordnungswidrigkeit und des Widerstands gegen die Polizei beschuldigt, als sie sich weigerten, ihre Demonstration vor dem Gebäude des Verbindungsbüros der VR China in Hongkong an einen von der Polizei bezeichneten benachbarten Ort zu verlagern (vgl. C.a., 2002/3, Ü 31).¹⁰

Regierungskritische Gruppen wiesen darauf hin, dass in den vergangenen Monaten die behördliche Praxis deutlich zugenommen habe, Demonstrationen auf polizeilich designierte Räume zu beschränken und damit von politisch neuralgischen Orten fernzuhalten. Auch fertigte die

Polizei vermehrt Videoaufzeichnungen von nicht genehmigten Protestaktionen an, so dass Teilnehmer eine strafrechtliche Verfolgung befürchten müssten.¹¹

Internationales Aufsehen erregte zuletzt die zweimalige Verweigerung der Einreise des Exildissidenten Harry Wu nach Hongkong im April und Juni dieses Jahres. Der in den USA lebende Menschenrechtsaktivist chinesischer Herkunft, der 1995 aus der VR China ausgewiesen worden war, hatte im August 1997 noch eine Einreiseerlaubnis in die SVR erhalten. Die jüngste Einreiseverweigerung wurde damit begründet, dass Harry Wu nach eigenen Angaben beabsichtigte, in Hongkong einen Ableger seines „China Information Center“ in Boston zu gründen (vgl. C.a., 2002/4, Ü 38). In seiner Behandlung durch die Hongkonger Behörden erkannten viele Beobachter wie auch der Betroffene selbst ein weiteres Signal, dass sich die Standortbedingungen in Hongkong für Aktivitäten von Bürgerrechtsbewegungen, Menschenrechts- und anderen Nichtregierungsorganisationen in Zukunft verschlechtern könnten.¹²

Konkrete strafrechtliche Handhabe für ein Verbot dissidenter und anderer missliebiger Gruppen könnte, so wurde in den vergangenen Wochen zunehmend befürchtet, durch so genannte Anti-Subversions-Gesetze geschaffen werden, die gemäß Artikel 23 des *Basic Law* in Hongkong zu formulieren sein werden. Allgemein wird erwartet, dass die Gesetze zum Schutz gegen Subversion, Verhetzung, Landesspaltung, Landesverrat, Diebstahl von Staatsgeheimnissen und andere denkbare Verstöße gegen die Interessen nationaler Sicherheit, in der zweiten Amtszeit Tung Chee-hwas nun in Bälde in Angriff genommen werden, nachdem man diese Aufgabe während der vergangenen fünf Jahre wiederholt aufgeschoben hatte. Insbesondere wird befürchtet, dass derartige Gesetze herangezogen werden könnten, um missliebige Gruppen wie etwa der Falungong-Bewegung die Legalität zu entziehen.¹³

Dieser Befürchtung wurde unmittelbar vor dem fünften Jahrestag der Übergabe Hongkongs in einem Fernsehinterview mit dem stellvertretenden Ministerpräsident der VR China, Qian Qichen, Nahrung gegeben. Er legte darin nahe, dass die Falungong-Bewegung unter einer noch zu schaffenden künftigen Anti-Subversions-Gesetzgebung in Hongkong sicherlich als illegal einzustufen sei, sofern sie ihre Verbindungen zu ausländischen Organisationen aufrechterhalte.¹⁴ Artikel 23 des *Basic Law* fordert grundsätzlich das Verbot von Aktivitäten „ausländischer politischer Organisationen“ in der SVR sowie der Verbindung lokaler Gruppen mit „ausländischen politischen Organisationen“. Sollte diese Forderung in zukünftigen Anti-Subversions-Gesetzen rechtlich umgesetzt werden, so steht tatsächlich zu befürchten, dass international agierenden Menschenrechts- und anderen Organisationen in Hongkong die Grundlage legalen Wirkens entzogen wird.

Schließlich gab der Antrag für ein Anti-Terror-Gesetz, der der Legislativversammlung jüngst zur Abstimmung vorgelegt wurde, Anlass für neuerliche Befürchtungen un-

¹¹HKJA, S.12-14; vgl. SCMP, 6.6.2002.

¹²„Interview: Hongda Harry Wu, The Laogai Foundation“, in: *China Brief*, vol. 2, issue 13 (20.06.2002), via: http://china.jamestown.org/pubs/view/cwe_002_013_004.htm.

¹³SCMP, 8.5., 17.6.2002.

¹⁴SCMP, 26.6.2002.

⁹Ibid., S.21/22; vgl. auch SCMP, 24.6.2002.

¹⁰WSJ, 13., 16., 31.5.2002; SCMP, 16.5.2002.

ter prodemokratischer Kräfte und Nichtregierungsvertretern in Hongkong, die Regierung könne sich damit eine Handhabe für willkürliche Beschränkungen ziviler Freiheiten verschaffen. Insbesondere wird kritisiert, dass dem Regierungschef die Gewalt eingeräumt werden soll, bestimmte Personengruppen, die er als Terroristen verdächtigt, namentlich zu bezeichnen und deren Bankkonten einzufrieren. Auch hier wird das Beispiel der Falungong-Bewegung evoziert, die das erste Opfer einer solchen Gesetzesvollmacht werden könnte. Die Regierung verteidigte den Gesetzesantrag allerdings damit, dass er keineswegs auf die Verfolgung dissidenter Gruppen, sondern einzig und allein auf die Unterbindung von Finanztransaktionen terroristischer Netzwerke abstelle, ein von den Vereinten Nationen vereinbartes Ziel, das gerade an dem internationalen Finanzplatz Hongkong von großer Dringlichkeit sei.¹⁵

Generell ist bei der Einschätzung dieser zahlreichen Befürchtungen zu berücksichtigen, dass die konstitutionellen Grundlagen für den Schutz demokratischer Freiheiten und ziviler Rechte, die größtenteils erst unter dem Eindruck der traumatischen Ereignisse von 1989 Eingang in das *Basic Law* gefunden haben, tatsächlich fragil und von zahlreichen Widersprüchlichkeiten geprägt sind. So hat insbesondere der ominöse Artikel 23 in den zurückliegenden Jahren immer neue Wellen der Sorge vor repressiver staatlicher Willkür erzeugt (vgl. C.a., 2000/8, S.907-916, hier bes. S.909). Wie zu erwarten, schafft zudem das erhöhte Sicherheitsbedürfnis der Behörden im zeitlichen Umkreis politisch bedeutsamer Ereignisse – wie zuletzt des fünften Jahrestags der Übergabe am 1. Juli – fast zwangsläufig ein Klima erhöhter Nervosität, in dem das behördliche Verhalten sehr leicht im Sinn autoritärer Willkür interpretiert wird. Dennoch kann aus den jüngsten Entwicklungen für die Zukunft eine gewisse generelle Gefahr abgeleitet werden, dass die Hongkonger Regierung stärker zu Restriktionen gegen Aktivitäten international vernetzter Gruppen und Organisationen greifen wird, um intern die Autonomie ihres eigenen Handelns gegenüber der chinesischen Führung besser schützen zu können. Menschen- und Bürgerrechtsorganisationen, neureligiösen Bewegungen und anderen international agierenden Gruppen könnte so zunehmend der Boden legalen Wirkens entzogen werden.

Mangelnder Raum für demokratische Partizipation

Auch hinsichtlich der Entwicklung demokratischer Strukturen in der SVR seit 1997 zeigen sich die Kommentatoren enttäuscht. Zwar argumentieren offizielle Vertreter, dass es um die Demokratie in Hongkong seit 1997 deutlich besser bestellt sei als zuvor: Mit der im *Basic Law* festgelegten teilweisen Direktwahl zur Legislativversammlung und dem 800-köpfigen Wahlausschuss, der unter anderen den Regierungschef bestimmt, seien demokratische Institutionen entstanden, die eine ausgewogene Repräsentation der verschiedenen Hongkonger Bevölkerungsinteressen

gewährleisteten.¹⁶ Jedoch ist festzustellen, dass die formal geschaffenen partizipativen Institutionen und Verfahren, die ohnehin bestenfalls als „teildemokratisch“ zu bezeichnen sind, seit 1997 immer weniger ihre Funktion politischer Partizipation der breiten Bevölkerung zu erfüllen vermögen. Vielmehr hat die ursprünglich bereits ausgeprägte Dominanz der Exekutive innerhalb des politischen Systems der SVR über die Jahre noch zugenommen. Nicht ohne Grund ist die Rede von einer „Tycoon plutocracy“, deren Interessen seit jeher auf China ausgerichtet sind.¹⁷

Generell ist seit 1997 ein Trend abnehmender öffentlicher Aufmerksamkeit für die politischen Prozesse in der Legislativversammlung und der Parteienlandschaft zu beobachten. Hatte die Hongkonger Bevölkerung in den ersten Jahren nach dem Souveränitätswechsel noch starken Anteil an den kontroversen Debatten zwischen den Abgeordneten des „LegCo“ genommen, so wird über diesen in den letzten Jahren immer weniger berichtet. Ähnliches gilt für die politischen Parteien, insbesondere für das demokratische Lager, dessen frühere, rhetorisch oft bestehende Diskussionskultur heute kaum noch einen Hongkonger beeindruckt. Durch die ausgeklügelten Wahlverfahren des *Basic Law* ist gewährleistet, dass das konservative Establishment der Hongkonger Geschäftselite immer ausreichend repräsentiert ist. Das demokratische Parteienlager, das zumindest in den ersten Jahren für sich beanspruchen konnte, die Mehrheit der Hongkonger Bevölkerung hinter sich zu haben, ist damit in den politisch relevanten Gremien immer unterrepräsentiert, was zu fortschreitender Resignation geführt hat. Wie der frühere Chef der Liberalen Partei, Allen Lee Peng-fei, jüngst äußerte, fehle es in Hongkong an einer politischen „Bühne“, auf der sich Vertreter der verschiedenen politischen Parteien im demokratischen Wettbewerb profilieren und für Regierungsämter qualifizieren könnten.¹⁸

Eine psychologische Wasserscheide in der Selbstwahrnehmung des demokratischen Lebens in Hongkong stellte der Rücktritt von Anson Chan als *Chief Secretary* der SVR im Frühjahr 2001 dar (siehe dazu unten). Mit Frau Chan, die sich wiederholt für die Bewahrung der demokratischen Freiheiten in Hongkong eingesetzt hatte und die aufgrund ihrer hohen Popularität als mögliche Gegenkandidatin zu Tung Chee-hwa im Amt des Regierungschefs gehandelt wurde, schien sich Hongkong in den Augen vieler von dem demokratischen „Geist“ zu verabschieden, der die politische Kultur seit den 1980er Jahren geprägt hatte. Die jüngste Bestätigung Tung Chee-hwas als Regierungschef für eine zweite Amtszeit erschien umso mehr als eine Farce demokratischer Verfahren. Nachdem er im Februar 2002 von mehr als 700 Mitgliedern des 800-köpfigen Wahlausschusses als Kandidat für das Amt nominiert worden war – und somit keine ausreichende Stimmenzahl verblieb, um zumindest pro forma einen Gegenkandidaten zu nominieren –, wurde der eigentliche Wahlgang überflüssig; mangels Alternativen wurde Tung Chee-hwa ohne Wahl im Amt bestätigt.¹⁹

¹⁶SCMP, 26.6.2002; Jiang u.a. zu HK Demokratie?; zur Vorgeschichte demokratischer Institutionen in der britischen Kronkolonie s. C.a., 2000/7, S.785-800.

¹⁷Vgl. *ibid.*

¹⁸SCMP, 3.6.2002.

¹⁹AWJSJ, 14.2.2002 ; FT, 20.2.2002; *Washington Post*, 1.3.2002;

¹⁵SCMP, 3.6.2002; FT, 6.5.2002; RTHK Radio 3, 3., 6., 8., 19.6.2002, nach BBC PF, 4., 7., 9., 20.6.2002.

Zuletzt löste schließlich ein in der *South China Morning Post* veröffentlichtes Interview mit dem bereits erwähnten stellvertretenden chinesischen Ministerpräsidenten Qian Qichen einen Aufschrei der demokratischen Kräfte in Hongkong aus. Wenige Tage vor dem fünften Jahrestag der Übergabe Hongkongs wandte sich Qian darin gegen eine Demokratisierung des politischen Systems Hongkongs nach westlichem Vorbild. Die Einführung eines Systems allgemeiner Volkswahlen zur Legislativversammlung und zum Amt des Regierungschefs, wie es im *Basic Law* vage als „ultimate aim“ für die Zeit nach 2007 anvisiert wird, dürfe nicht überstürzt werden. Vielmehr hätten sich die bisher praktizierten Wahlverfahren, die dem auf berufsständischen Gruppierungen basierenden 800-köpfigen Wahlausschuss eine zentrale Stellung einräumten, als effektiver Weg bewährt, um eine „ausgewogene Partizipation der verschiedenen Bevölkerungsgruppen am politischen Leben“ zu gewährleisten. Qian legte weiter dar, dass die politische Entwicklung Hongkongs keinesfalls abgekoppelt von der des chinesischen Festlands betrachtet werden dürfe. Hongkongs Status als Sonderverwaltungsregion der VR China bedinge, dass keinesfalls einfach das politische System eines anderen Landes kopiert werden könne. Vielmehr solle seines Erachtens nach die SVR ihren eigenen, der aktuellen Situation Hongkongs und der VR China angepassten Pfad einschlagen; er vertraue darauf, dass die Regierung und die Bevölkerung Hongkongs in dieser Frage eine „weise Entscheidung“ treffen werde.²⁰ Donald Tsang, der neue *Chief Secretary* der SVR, fühlte sich bemüßigt, Qian Qichen mit der Feststellung beizupflichten, dass ein simples „Klonen“ des demokratischen Systems Großbritanniens oder der USA für Hongkong ausgeschlossen sei.²¹

Demokratische Vertreter protestierten gegen die ungerechtfertigte Einmischung Qian Qichens in Belangen des politischen Systems Hongkongs, die einzig der Bevölkerung zur Entscheidung oblägen. Es gehe nicht an, dass von volksrepublikanischer Seite willkürlich in den politischen Meinungsbildungsprozess der SVR eingegriffen werde. Andere räumten ein, dass der Schaden schon entstanden sei, da die Repräsentanten des Hongkonger Establishments sich in ihrem politischen Verhalten ab sofort an den Äußerungen Qian Qichens orientieren würden.²²

Der Vorfall zeigt ein weiteres Mal, wie fragil die konstitutionellen Grundlagen des *Basic Law* im Bereich demokratischer Strukturen sind. In substanziellen Fragen der Ausgestaltung ziviler Rechte und demokratischer Institutionen – wie hier der Einführung allgemeiner Volkswahlen nach 2007, die im Anhang zum *Basic Law* geregelt sind –, bleibt der Gesetzestext offenbar bewusst vage und mehrdeutig. Abgesehen von der Tatsache, dass kein zeitlicher Rahmen für die Demokratisierung der Wahlverfahren benannt wird, ist es etwa auch denkbar, die Ausführungen des Gesetzes dahingehend zu deuten, dass die Kandidaten für das Amt des Regierungschefs zunächst von

einem vorselektierten Wahlausschuss nominiert werden, bevor dann in „allgemeiner Volkswahl“ eine Auswahl unter diesen Kandidaten getroffen wird. Ohnehin wird es zuletzt von der Entscheidung des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses der VR China abhängen, ob, und wenn ja, welches neue Wahlverfahren eingeführt wird.²³

Wachsende wirtschaftliche Verflechtung mit dem Festland

Weitgehend losgelöst von dem bisher skizzierten Diskussionsstrang zur Frage der politischen Autonomie der SVR hat sich in Hongkong selbst inzwischen ein zweiter Diskussionsstrang über die Frage der wirtschaftlichen Integration mit dem Festland herausgebildet. Die deutlich stärker an pragmatischen Aspekten orientierte, zum Teil sehr kontroverse Diskussion, die im Folgenden dargestellt wird, hat gerade im zurückliegenden Jahr an Intensität gewonnen.

„Who needs Hong Kong?“

Seit der Rückgabe an die VR China hat Hongkong viel von dem Glanz eingebüßt, den sein langjähriger Wirtschaftsboom über Jahrzehnte hinweg ausgestrahlt hatte. Verantwortlich dafür war die asiatische Finanzkrise der Jahre 1997/98 sowie, kaum hatte sich Hongkong im Jahr 2000 von deren Folgen ansatzweise erholt, die Schwäche der Weltkonjunktur seit 2001, die insbesondere die ausländische Exportnachfrage stark beeinträchtigt. Die Hongkonger Wirtschaft, die im vergangenen Jahr nur um 0,1% gewachsen ist, leidet unter hoher Arbeitslosigkeit, (die Arbeitslosenrate lag zuletzt auf einem Rekordhoch von 7,4%), den Folgen einer im Jahr 1997 geplatzten „Seifenblase“ auf dem Immobilienmarkt (die Immobilienpreise liegen heute etwa bei der Hälfte des Niveaus vor 1997), einem wachsenden Budgetdefizit und einer hartnäckigen Deflation (vgl. auch die Übersicht in der Rubrik SVR Hongkong in diesem Heft). Letztere rührt zu einem substanziellen Teil von der Integration mit dem chinesischen Festland her, wo das Kostenniveau deutlich niedriger liegt, und dürfte während einer längeren Übergangsperiode anhalten.²⁴

Anfang Mai veröffentlichte das US-amerikanische *Fortune Magazine* einen provokanten Beitrag unter dem Titel „Who needs Hong Kong“, in dem argumentiert wurde, dass Hongkong seinen Standortvorteil als Gateway zu China endgültig eingebüßt habe. Schuld daran seien nicht in erster Linie externe Faktoren, sondern die Tatsache, dass die Führung der SVR es versäumt habe, harte Entscheidungen für eine grundlegende Restrukturierung der Wirtschaftsstrukturen der Metropole zu fällen und ihre Position als internationales Finanzzentrum gezielt auszubauen. Eine realistischere Rolle falle Hongkong nun nur-

Hong Kong iMail, 5.3.2002.

²⁰SCMP, 26.6.2002.

²¹RTHK Radio 3, 26.6.2002, nach BBC PF, 27.6.2002; SCMP, 27.6.2002.

²²WSJ, 25., 26.6.2002; RTHK Radio 3, 26.6.2002, nach BBC PF, 27.6.2002; SCMP, 27.6.2002; FT, 27.6.2002; ST, 27.6.2002; NZZ, 27.6.2002.

²³SCMP, 3.6.2002.

²⁴FT, 12.6.2002; ST, 12.6.2002; FT Survey, 1.7.2002; SCMP, 17.6.2002.

mehr noch darin zu, sich als kommerzielles Herz des Perlfloss-Deltas zu profilieren.²⁵

Ein Banker fasst die veränderte wirtschaftliche Position Hongkongs gegenüber dem Festland jüngst so zusammen:

„Previously, China boomed and Hong Kong prospered. But China has continued to boom and Hong Kong has suffered“.²⁶

Die Hongkonger Regierung reagiert auf solche Provokationen ambivalent. Einerseits trat Tung Chee-hwa in Reaktion auf den Artikel des *Fortune Magazine* offensiv vor die Öffentlichkeit und kündigte an, dass man dem Blatt wie auch in früheren Fällen das Gegenteil beweisen werde. Nicht umsonst seien Ratingagenturen wie Standard & Poor's und Moody in ihrer Einschätzung des Standorts Hongkongs zu deutlich positiveren Ergebnissen gekommen. Ausländischen Journalisten und Diplomaten legte er ans Herz, ein „fares und akkurates Bild des florierenden und boomenden Hongkong“ nach Hause zu tragen.²⁷ Andererseits wird der Regierungschef seit dem Herbst 2001 nicht müde zu betonen, dass Hongkong im wirtschaftlichen Bereich vor große Herausforderungen gestellt sei und sich auf einen langjährigen tief greifenden Umstrukturierungsprozess vorbereiten müsse.²⁸ Diese sehr nüchterne Rhetorik, die auch in dem jüngsten 44-seitigen Regierungsbericht zur Entwicklung Hongkongs in den vergangenen fünf Jahren enthalten ist,²⁹ mag der taktischen Erwägung geschuldet sein, harte und unbeliebte politische Maßnahmen so leichter legitimieren zu können. Manche Stimmen kritisieren allerdings, dass Tung Chee-hwa durch seine Betonung tief greifender struktureller Probleme das Bild düsterer Wirtschaftsaussichten überzeichne und damit der sich gerade erholenden Konjunktur unnötigen Schaden zufüge.³⁰

Bemühungen um eine „enge wirtschaftliche Partnerschaft“

In jedem Fall reichen die zahlreichen pessimistischen Einschätzungen der Wirtschaftsaussichten Hongkongs, um einer allgemeinen Wahrnehmung Auftrieb zu geben, dass Hongkong im regionalen und internationalen Standortwettbewerb zunehmend hinterherhinke. Von vielen Seiten wird suggeriert, dass die Tage der Metropole als attrakti-

ver internationaler Handels- und Finanzplatz gezählt seien. Vor diesem Hintergrund erscheint es als das Gebot der Stunde, die Lösung der ökonomischen Probleme in einer stärkeren Hinwendung zum „heimischen“ chinesischen Markt zu suchen. Wurde die wirtschaftliche Integration mit dem chinesischen Festland von konservativen Wirtschaftsexperten und Vertretern der Geschäftselite schon seit Jahren empfohlen, so erscheint sie seit dem Einsetzen des zweiten konjunkturellen Abschwungs im Jahr 2001 als das einzig greifbare Rezept zur Rettung Hongkongs.

Seit rund einem Jahr hat die Hongkonger Regierung die Bemühungen um eine stärkere wirtschaftliche Integration mit dem Festland, insbesondere mit dem Hinterland des Perlfloss-Deltas, auf ihre Fahnen geschrieben. Die Kooperation mit den Lokalregierungen der benachbarten südchinesischen Metropolen Shenzhen, Guangzhou und Zhuhai gestaltet sich aufgrund der Wettbewerbsbeziehungen (vor allem im Seefrachtverkehr) allerdings nicht immer leicht. Währenddessen sind die Vertreter Hongkongs offenbar immer häufiger in Beijing anstellig, um dort „Spezialpolitiken“ im Sinn wirtschaftspolitischer Privilegien zu erwirken – ein Begehren, gegen das wiederum andere Provinzen Chinas, die selbst um Zuwendungen der Zentralregierung konkurrieren, Widerstand leisten dürften. Dennoch heißt es aus Insiderkreisen, dass die Beijinger Führung erwäge, der SVR verschiedene Unterstützungsmaßnahmen angedeihen zu lassen, wenn auch mit einigem Zögern, da die VR China selbst mit eklatanten volkswirtschaftlichen Problemen zu kämpfen hat.

Erwogen wird in Beijing angeblich unter anderem, chinesische Unternehmer zu ermutigen, in Hongkong zu investieren oder Teile ihrer Geschäftstätigkeiten in die Metropole zu verlegen, um so „Wasser (Geld) von Norden nach Süden zu transportieren“. Bislam gilt gemäß den administrativen Regeln der Volksrepublik, dass nur Verwaltungseinheiten auf Provinzebene (sowie diesen im Rang gleichgestellte große Staatsunternehmen) Niederlassungen in Hongkong eröffnen können. Internen Schätzungen zu Folge könnten bei Wegfall dieser Beschränkung rund 10.000 Unternehmen in Südchina interessiert sein, in der SVR zu investieren.³¹

Überlegt wird auch, chinesischen Aktionären, die sich inzwischen auf rund 60 Millionen belaufen, den Erwerb von Hongkonger Aktien und Wertpapieren zu gestatten. Für immer mehr volksrepublikanische Unternehmen eröffnen sich zudem Möglichkeiten, an der Hongkonger Börse zu notieren. Um die drückende Arbeitslosigkeit in Hongkong zu mildern, haben Vertreter festländischer Think tanks vorgeschlagen, in Shenzhen und anderen boomenden Städten des Perlfloss-Deltas Umschulungsprogramme für einen Teil der rund 250.000 unbeschäftigten Hongkonger Bürger einzurichten, die willig sind, ihre Arbeitskraft auf dem Festland einzusetzen. Um dem stagnierenden Hotelsektor und Einzelhandel Hongkongs wieder auf die Beine zu helfen, haben alle chinesischen Städte ihre Beschränkungen der Zahl von Touristenvisa für Hongkong ausgesetzt. Im vergangenen Jahr konnte die SVR so einen Zuwachs von über 40% an Touristen vom Festland verbuchen. Auch soll Beijing der Regierung Shanghais nahe

²⁵ *Fortune Magazine*, 3.5.2002, vgl. Reuters, 3.5.2002, <http://asia.news.yahoo.com/020503/reuters/asia-103218.html> (Aufruf 3.5.2002); vgl. auch die Einschätzung des Finanzplatzes Hongkong als ein „backwater for global money managers“ in: SCMP, 19.6.2002.

²⁶ So K.C. Kwok von der Standard Chartered Bank in Hongkong, zitiert aus: FT Survey, 1.7.2002.

²⁷ Hong Kong SAR government web site, 16.5.2002, nach BBC PF, 16.5.2002; vgl. auch SCMP, 8.5.2002. Verschiedene Ratingagenturen kamen zuletzt zu stark abweichenden Einschätzungen des Wirtschaftsstandorts Hongkong. So fiel etwa in einem Bericht der Economist Intelligence Unit (EIU) vom April 2002 die Bewertung Singapurs als Wirtschaftsstandort deutlich besser aus als die Hongkongs, vgl. C.a., 2002/4, Ü 42.

²⁸ So etwa in RTHK Radio 3, 17., 29.6.2002, nach BBC PF, 18., 30.6.2002; XNA, 2.7.2002.

²⁹ „Hong Kong SAR: The First Five Years 1997-2002“, via: www.gov.hk/info/sar5/eindex.htm (Aufruf: 3.7.2002).

³⁰ So etwa in FT Survey, 1.7.2002. Zu den jüngsten Prognosen zu Hongkongs Wirtschaftsentwicklung, die das Ende der Stagnationsphase erreicht haben könnte, vgl. C.a., 2002/4, Ü 41; CND, 6.7.2002.

³¹ Willy Wo-lap Lam, „Economic Recovery, at a Price“, in: *China Brief*, vol. 2, issue 14 (8.7.2002), via: http://china.james.town.org/pubs/view/cwe_002_014_002.htm (Aufruf: 9.7.2002).

gelegt haben, auf den Bau eines Disneyland-Parks zu verzichten, um keine Tourismusströme aus Hongkong abzu ziehen.³² In Hongkong scheint sich die Öffentlichkeit nach langjährigen kontroversen Debatten zu einer durchgängigen 24-stündigen Öffnung des Grenzübergangs zu Shenzhen durchzuringen, nachdem sich die Klagen über lange Warteschlangen häuften.³³

Andere geplante Maßnahmen gründen auf einem „Closer Economic Partnership Agreement“ (CEPA), das im Januar 2001 zwischen der Hongkonger Regierung und der chinesischen Zentralregierung geschlossen wurde. Im Rahmen dieses Abkommens ist vorgesehen, Hongkong in die Infrastrukturplanungen der Provinz Guangdong einzubeziehen und der Metropole im Bereich des Luft- und Seefrachtverkehrs eine bevorzugte Stellung einzuräumen. Erwogen wurde außerdem, die chinesischen Zölle für Wareneinfuhren aus Hongkong zu senken oder ganz zu beseitigen. Gerade hier sind allerdings inzwischen Bedenken laut geworden, wonach der im Dezember 2001 erfolgte Beitritt Chinas zur Welthandelsorganisation (WTO) solche einseitigen Handelserleichterungen verbietet.³⁴

Umfassende Integration mit dem Festland ...?

Die Geister scheiden sich in der Frage, bis zu welchem Grad man die Integration Hongkongs mit dem Festland vorantreiben sollte. Dabei handelt es sich nicht nur um eine Frage der Intensivierung wirtschaftlicher, sondern auch sozialer und politischer Beziehungen.

Eine Position, die von mehreren einflussreichen Think tanks in der SVR vertreten wird, empfiehlt eine möglichst umfassende Integration Hongkongs mit dem Festland. Professor Lau Siu-kai, bislang stellvertretender Direktor des Instituts für Pazifikstudien an der City University of Hong Kong und seit dem 1. Juli Leiter der Zentralen Politikplanungs-Einheit (Central Policy Unit) der Hongkonger Regierung, rät zu einer umfassenden Intensivierung der Beziehungen zum Festland auf allen Ebenen. Nur so könnten die großen Chancen genutzt werden, die die chinesische Wirtschaft insbesondere nach dem Beitritt Chinas zur Welthandelsorganisation (WTO) bereithält. Die Kommunikation mit den Lokalregierungen in den benachbarten Regionen – gemeint sind offenbar Shenzhen, Guangzhou und andere Städte in der Provinz Guangdong – müsste verstärkt werden, um die Menschen dort zu überzeugen, dass eine engere Kooperation für beide Seiten Vorteile birgt. Nur so könne der Druck vermindert werden, den einzelne chinesische Regionen und Provinzen auf die Zentralregierung ausübten, um diese davon abzuhalten, der SVR Privilegien zu gewähren. Nach den Worten Lau Siu-kais stehen die Beziehungen zu China an einem Wendepunkt:

„In the past, the public attitude towards the mainland was between confrontation and detachment. Both are no longer viable. Now it's about engagement.“³⁵

Ähnlich argumentiert Shiu Shin-por, seit zwei Jahren Leiter des „One Country Two Systems Research Institute“ in Hongkong. Shiu, der seit Jahren eine stärkere wirtschaftliche Interaktion zwischen Hongkong und seinem chinesischen Hinterland verfehlt, warnte zuletzt, dass die SVR der Verlierer sein könnte, wenn sie weiterhin in ihrer „Festungsmentalität“ („fortress mentality“) verhaftet bleibe. Die Zusammenarbeit mit der Nachbarprovinz Guangdong sei mangels Engagement auf der Hongkonger Seite in den vergangenen Jahren kaum vorangekommen. Umso mehr sei es jetzt an der Zeit, klare Signale für eine Vertiefung der Beziehungen mit dem Festland auszusenden. Dazu gehörten Verbesserungen der Verkehrsinfrastruktur, wie sie etwa durch den Bau einer Hochgeschwindigkeitsbahnstrecke nach Guangzhou oder den Bau einer Brücke, die Hongkong an Macau und Zhuhai am Westufer des Perlfusses anbindet, verwirklicht werden könnten. Vordringlich sei ferner die Intensivierung der Verhandlungen mit Beijing über eine Art Freihandelsabkommen, das Hongkonger Geschäftsleuten gegenüber ausländischen Wirtschaftspartnern einen Zugangsvorteil auf den chinesischen Markt verschaffen solle. Vor allem aber sei es unerlässlich, eine öffentliche Diskussion über die zukünftigen Beziehungen zwischen der SVR und dem Festland zu führen. Nur so könnten die noch bestehenden Vorbehalte gegenüber der VR China ausgeräumt werden, die manche Hongkonger offenbar – im Sinn jener „Festungsmentalität“ – noch immer hegten. Eine durchgehende 24-stündige Abwicklung des Grenzverkehrs bedeute nicht die Abschaffung der Grenze, und eine stärkere Interaktion mit dem Festland bedeute keineswegs eine Assimilierung Hongkongs, argumentiert Shiu Shin-por.³⁶

Diese Position scheint von wachsenden Teilen der Hongkonger Bevölkerung geteilt zu werden. So orientieren sich offenbar immer mehr Hongkonger in ihrer Ausbildung auf China hin, was sich vor allem im Spracherwerb bemerkbar macht. In der „trilingualen“ Sprachausbildung – Kantonesisch, Hochchinesisch und Englisch – läuft das Hochchinesische (*Putonghua*) dem Englischen inzwischen eindeutig den Rang ab, ein Trend, der auch schulpolitisch unterstützt wird. Nur noch ein Teil der Schüler und Studenten Hongkongs soll mit vollwertigen aktiven Sprachkenntnissen im Englischen ausgerüstet werden, während Hochchinesisch möglichst von allen Schülern beherrscht werden sollte.³⁷

Bemerkbar ist die stärkere Orientierung auf die VR China auch in dem Patriotismus, wie ihn Hongkonger anlässlich chinesischer Feiertage und anderer symbolischer Anlässe zunehmend an den Tag legen. Nicht zuletzt schlägt sie sich in den hohen Popularitätswerten nieder, die Staatspräsident Jiang Zemin und Ministerpräsident Zhu Rongji zuletzt unter der Hongkonger Bevölkerung genossen. Während sich bei der letzten der regelmäßigen Umfragen des Hong Kong Transition Project im April 2002 nur 33% der Befragten mit Tung Chee-hwa zufrieden zeigten, kam Jiang Zemin auf 71% und Zhu Rongji sogar

³²Ibid., FT Survey, 1.7.2002; „Hong Kong SAR: The First Five Years 1997-2002“, ibid.; XNA, 2.7.2002.

³³CND, 8.7.2002.

³⁴Willy Wo-Lap Lam, „Economic Recovery, at a Price“, ibid.; FT Survey, 1.7.2002.

³⁵SCMP, 24.6.2002.

³⁶Shiu Shin-por, „Greater interaction need not mean assimilation“, in: FT Survey, 1.7.2002; vgl. auch die Diskussion über die Kooperation im Perlfuss-Delta in SCMP, 24., 25., 26., 27.6.2002.

³⁷Zur Diskussion über den Spracherwerb des Englischen und Hochchinesischen in Hongkong vgl. SCMP, 27.5.2002; ST, 19.5.2002; WSJ, 28.5., 7.6.2002.

auf 82%.³⁸

... oder Bewahrung des einzigartigen internationalen Profils?

Die Gegenposition einer deutlichen Abgrenzung Hongkongs vom chinesischen Festland wird von prodemokratischen Kräften und Teilen des noch von der kolonialen Vergangenheit geprägten *Civil Service* in der SVR vertreten. Ihre prominenteste Fürsprecherin hatte diese Position zuletzt in Gestalt von Frau Anson Chan, bis April 2001 als *Chief Secretary* der SVR die höchste Vertreterin des *Civil Service*. Anson Chan hatte Anfang 2001 überraschend ihren Rücktritt erklärt, den sie damals mit privaten Gründen erklärte. Wie inzwischen klar geworden ist, war die Kontroverse über den Grad der Interaktion zwischen der SVR und dem Festland ausschlaggebend für ihre damalige Entscheidung. Offenbar war sie von Kontrahenten angegriffen worden, sich dem „unvermeidbaren und unumkehrbaren Trend verstärkter Integration“ entgegenzustemmen.³⁹

Anlässlich des fünften Jahrestags der Übergabe Hongkongs hat sich Anson Chan nun zum ersten Mal seit ihrem Rücktritt wieder mit einer ausführlichen öffentlichen Stellungnahme zu Wort gemeldet. In einem am Jahrestag in der *Financial Times* veröffentlichten Beitrag mit dem Titel „Beware of blurring the dividing line“ argumentierte sie, dass die größte Stärke Hongkongs darin bestehe, eine wahrhaft internationale Stadt zu sein. Diese Stärke, die Multikulturalität, die transparente Gesetzgebung, die professionellen Standards modernen Managements und guter Regierungsführung gelte es unter allen Umständen beizubehalten. Nur so könnten die Potenziale genutzt werden, die in der Formel „Ein Land, zwei Systeme“ angelegt seien. Zwar sei nicht zu leugnen, dass zwischen Hongkong und dem Festland eine symbiotische Beziehung bestehe, insbesondere werde Chinas WTO-Beitritt zahlreiche Chancen für Hongkong bieten. Doch bedeute dies keineswegs, dass die SVR „chinesischer“ werden müsse, um diese wirtschaftlichen Vorteile zu realisieren – ja, es wäre extrem kurzsichtig, wenn Hongkong sich bemühte, wie Shanghai oder Shenzhen zu werden, weil es dadurch seine Werte und seine Relevanz verlieren würde. Im Wortlaut plädierte Anson Chan:

„We can best protect our interests and make the greatest contribution to China's future economic and political growth by remaining uniquely Hong Kong. Mainland China does not owe us a living any more than the rest of the world does. It is unrealistic to expect Beijing to come to our rescue. While it is necessary to smooth the flows of people, goods and capital between Hong Kong and the mainland, we must be careful not to blur the dividing line between the 'two systems'.“⁴⁰

Besondere Vorsicht mahnte Anson Chan in der Frage eines etwaigen Freihandelsabkommens an, wie es gegen-

wärtig mit Beijing verhandelt wird, um eine Vorzugsbehandlung für Hongkonger Firmen auf dem chinesischen Markt zu erwirken. Durch ein solch einseitiges Abkommen würde ein falsches Signal an die internationalen Wirtschaftspartner ausgesandt, Hongkong würde seine Identität verlieren und nach und nach zum integralen Bestandteil der chinesischen Wirtschaft werden. Vielmehr gelte es, die Abgrenzung Hongkongs als separates Wirtschafts- und Zollgebiet aufrechtzuerhalten, die auch seiner Mitgliedschaft in der WTO zugrunde liegt, und die Handelspartner davon zu überzeugen, Hongkong auch weiterhin getrennt vom restlichen China zu behandeln.⁴¹

Mit diesem Plädoyer dürfte sich Frau Chan im Verein mit westlichen Regierungsvertretern sehen, die die zunehmende Annäherung Hongkongs an das Festland offenbar mit Sorge betrachten. So war der scheidende US-amerikanische Generalkonsul in Hongkong, Michael Klosson, mit Mahnungen an die Adresse der Regierung der SVR zu vernehmen, ein angemessenes Gleichgewicht zwischen stärkerer wirtschaftlicher Interdependenz mit China einerseits und Hongkongs Autonomie und internationalen Verbindungen andererseits zu finden.

Suggestions in recent months that only the 'one country' can save the 'two systems' turn the arrangement on its head. The spread of this idea would be to Hong Kong's – and, I might add, China's – disadvantage,

so argumentierte er Mitte Juni in einem Beitrag im *Asian Wall Street Journal*.⁴² Gerade auch aus handelspolitischer Perspektive sei es wichtig, dass Hongkong seinen eigenständigen Charakter, sein *rule of law* und seine demokratischen Freiheiten bewahre und seine „internationale Persönlichkeit“ noch stärker zur Geltung bringe.⁴³

Angesichts dieser kontroversen Debatte wird das Dilemma augenfällig, in dem sich die SVR Hongkong befindet. Auf der einen Seite scheint es aus wirtschaftlichen Gründen dringend geraten, die Wachstumspotenziale des chinesischen Marktes nicht ungenutzt zu lassen und sich zu diesem Zweck angesichts des verschärften internationalen Wettbewerbs mit der chinesischen Führung so gut als möglich zu stellen. Andererseits muss sich Hongkong der Frage stellen, wie gut es längerfristig mit einer zunehmenden Verflechtung mit China fahren wird. In dem Maße, wie es die Anbindung an das Festland vollzieht, verliert Hongkong sein internationales Profil und womöglich seine weltwirtschaftliche Identität als eigenständiges Wirtschaftsgebiet. Fraglich ist aber auch umgekehrt, ob sich Hongkong, sollte es auf die „chinesische Karte“ setzen, tatsächlich der nachhaltigen Sympathie der Beijinger Führung sicher sein kann. Wie Andy Xie von der Agentur Morgan Stanley warnte, könnten wiederholte Gesuche der SVR um eine Vorzugsbehandlung in Beijing bald als Last empfunden werden.⁴⁴ Genoss die Metropole über Jahrzehnte hinweg ihren Standortvorteil als internationaler Gateway von und nach China, so könnte sie sich eines Tages – nunmehr als Standortnachteil – gewissermaßen „zwischen den Stühlen“ wiederfinden.

³⁸Hong Kong Transition Project, „The First Five Years. Floundering Government, Floundering Democracy?“, Hongkong, May 2002, via: www.hkbu.edu.hk (Aufruf: 3.7.2002); SCMP, 29.6.2002.

³⁹So dem erwähnten Artikel von Shiu Shin-por in der *Financial Times* zu entnehmen, Shiu Shin-por, *ibid.*

⁴⁰Anson Chan, „Beware of blurring the dividing line“, in: FT Survey, 1.7.2002.

⁴¹*Ibid.*

⁴²Michael Klosson, „Preserve Hong Kong's Identity“, in: WSJ, 10.6.2002.

⁴³*Ibid.*; vgl. auch WSJ, 6.6.2002; SCMP, 17.6.2002.

⁴⁴Zitiert aus: FT, 28.6.2002.

Ausblick

Versucht man nun abschließend, die beiden getrennt skizzierten Diskussionsstränge zur politischen und wirtschaftlichen Entwicklung Hongkongs wieder zusammenzuführen, so wird deutlich, dass die veränderte wirtschaftliche Position der Metropole gegenüber dem Festland signifikante Auswirkungen für die politische Zukunft der SVR in der zweiten Amtszeit des Regierungschefs mitsichbringen könnte.

Was zunächst die chinesische Führung in Beijing angeht, so scheint sie vorerst ausreichenden „Goodwill“ gegenüber Hongkong zu besitzen, um auf die Begehren der SVR nach verstärkter wirtschaftlicher Kooperation grundsätzlich positiv zu reagieren – wenn auch nicht unbedingt zu Lasten der eigenen Provinzen, die teilweise in einem klaren wirtschaftlichen Konkurrenzverhältnis zu Hongkong stehen. Für diesen „Goodwill“ dürfte die chinesische Zentralregierung allerdings einen Preis verlangen. Verschiedene Äußerungen hochrangiger Politiker weisen darauf hin, dass Beijing die Regierung der SVR in Zukunft stärker in die Pflicht nehmen wird.

Augenfällig wurde dies – neben den oben dargestellten Auslassungen Qian Qichens zum Demokratisierungsprozess Hongkongs – insbesondere an der Rede, die Staatspräsident Jiang Zemin anlässlich des fünften Jahrestags des Souveränitätswechsels am 1. Juli in Hongkong hielt. Vor dem optischen Hintergrund der chinesischen und der Hongkonger Flagge (letztere rund um ein Drittel kleiner als erstere) lobte er zunächst den reibungslosen Verlauf der Rückkehr Hongkongs in die VR China gemäß des Prinzips „Ein Land, zwei Systeme“, das sich von einem theoretischen Konzept in lebendige Realität gewandelt habe. Dass die Rückgabe so reibungslos verlaufen sei und die verschiedenen Herausforderungen auf dem Weg so erfolgreich bewältigt werden konnten, sei, so betonte Jiang Zemin selbstbewusst, vor allem der nachhaltigen Unterstützung durch die Zentralregierung und der wirtschaftlichen Dynamik der VR China zu verdanken. Die wachsende Prosperität des Vaterlandes würde auch in Zukunft eine verlässliche Gewähr für langfristige soziale Stabilität und wirtschaftliches Gedeihen in Hongkong bieten.

An Hongkong liege es nun, „eine noch bessere Arbeit zu leisten“, um sich im Prozess der wirtschaftlichen Globalisierung und eines sich verschärfenden internationalen Wettbewerbs zu behaupten. Die kommenden fünf bis zehn Jahre seien dabei von zentraler Bedeutung für die Sicherung der ökonomischen und sozialen Entwicklung der SVR selbst, aber auch der Volksrepublik insgesamt. Umso wichtiger sei es, dass alle gesellschaftlichen Kräfte in Hongkong Regierungschef Tung Chee-hwa und seiner Regierung ihre volle Unterstützung zukommen ließen. Dies gelte für die Verwaltung, die Legislative und Judikative ebenso wie für die verschiedenen Kreise der Hongkonger Bevölkerung. Explizit forderte Jiang Zemin in diesem Zusammenhang, die Führungskraft der Exekutive zu stärken. Insbesondere von den Angehörigen des *Civil Service* verlangte er, sich der Führung des Regierungschefs pflichtschuldig unterzuordnen und ihn nach bester Kraft zu unterstützen – ein klares Signal, dass es für die Verwaltungsbediensteten nicht länger angebracht sei, dem aus der britischen Kolonialära überkommenen Berufssadel zu

huldigen, wie er etwa dem Führungsstil Anson Chans unterstellt wurde. Schließlich nahm der Staatspräsident die SVR auch ideologisch in die Pflicht, als er die Hongkonger „Landsleute“ aufforderte, zu „Herren“ (chin. *zhuren*) nicht nur Hongkongs, sondern des gesamten chinesischen Staates zu werden. Versteht man den Begriff „Herr“ gemäß sozialistischem Sprachgebrauch als rhetorischen Platzhalter für die Pflicht der Subjekte zur politischen Loyalität, so lässt sich daraus die Forderung an die Hongkonger ableiten, in Zukunft nicht nur der Regierung der SVR, sondern auch der parteistaatlichen Führung der VR China ihre Loyalität zu erweisen.⁴⁵

Diese wegweisende Rede Jiang Zemins dürfte eine schwere Hypothek für die Regierung Hongkongs in der zweiten Amtszeit Tung Chee-hwas darstellen. An sie ist damit die klare Aufforderung gerichtet, ihre Regierungsführung in den kommenden Jahren effizienter zu gestalten und sich gegenüber anderen Kräften innerhalb des politischen Systems stärker durchzusetzen. Was die chinesische Führung sich damit erwünscht, ist eine weitere Verschiebung der politischen Kräfteverhältnisse zugunsten der ohnehin bereits dominanten Exekutive.

Das neue „ministerielle System“, das pünktlich mit Beginn der zweiten Amtszeit Tung Chee-hwas am 1. Juli eingeführt wurde (vgl. die Übersicht dazu vorne in diesem Heft), bietet grundsätzlich geeignete institutionelle Voraussetzungen, um dieser Aufforderung Beijings nachzukommen. Die Einsetzung von 14 dem Regierungschef persönlich verantwortlichen Spitzenbeamten für die politische Leitung der verschiedenen Ressorts dürfte den Zugriff Tung Chee-hwas auf die Verwaltung erheblich verstärken und könnte die Chance eröffnen, auch einschneidendere politische Maßnahmen effektiv durchzusetzen. Die gleichzeitige Aufwertung des *Executive Council* von einem informellen Beratergremium zu einem echten Kabinett dürfte die Leitlinienkompetenz des Regierungschefs stärken und – sofern er sie auszufüllen vermag – einen verbindlicheren und effizienteren Regierungsstil ermöglichen. Insbesondere könnte die Kooptation zweier Führer Beijingfreundlicher politischer Parteien (der *Liberal Party* und der *Democratic Alliance for a Betterment of Hong Kong*, DAB) als Mitglieder des *Executive Council* die Durchsetzung politischer Maßnahmen im Parlament erleichtern. Die wiederholten Pattsituationen, in denen unbeliebte politische Entscheidungen von Parteienallianzen in der Legislativversammlung blockiert wurden, könnten damit der Vergangenheit angehören (vgl. C.a., 2000/7, S.785-800).

Für die Zukunft des politischen Systems Hongkongs dürfte eine solche weitere Kräfteverschiebung zugunsten der Exekutive dahin wirken, dass der Prozess einer Marginalisierung der demokratischen Parteien und der Legislativversammlung beschleunigt wird. Das Parlament dürfte seine Funktion als Austragungsort öffentlicher Debatten weiter verlieren, was nicht zwangsläufig heißen muss, dass öffentliche Diskussionen nicht mehr stattfinden; diese könnten sich in Zukunft stärker nach oben auf die Ebene der neu eingesetzten politischen Spitzenbeamten verlagern. Zumindest rhetorisch sollen diese der Öffentlichkeit gegenüber „rechenschaftspflichtig“ („accountable“) sein, ein Umstand, der neue Erwartungen der Hongkonger

⁴⁵RMRB, 2.7.2002; in englischem Wortlaut in XNA, 2.7.2002.

Bevölkerung hinsichtlich der politischen Führungsqualitäten der Regierung erzeugen dürfte. Skeptische Beobachter rechnen damit, dass auch die Hongkonger Medien in Zukunft stärker von offizieller Seite vereinnahmt werden, um den neuen Spitzenpolitikern als Public-Relations-Instrument zu dienen.⁴⁶

Eine solche Entwicklung würde implizieren, dass die institutionellen Sicherungen zur Wahrung der politischen Autonomie und der demokratischen Freiheiten Hongkongs zunehmend ihre Bedeutung verlieren. Die Argumente, die für die Bewahrung eines hohen Grades an Autonomie gegenüber China sprachen, dürften vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Interessen einer stärkeren wirtschaftlichen Verflechtung mit dem Festland im politischen Entscheidungsprozess nach und nach irrelevant werden. Vieles spricht dafür, dass es in Zukunft in erster Linie nur noch internationale Medien- und Nichtregierungsvertreter, gegebenenfalls auch westliche Regierungsvertreter sein werden, die die kritische Frage nach dem Fortbestand der politischen Autonomie Hongkongs stellen. In Hongkong selbst dürfte die Wahrnehmung der eigenen Befindlichkeit dagegen immer stärker von den Hoffnungen und Ängsten geprägt werden, die sich mit der Intensivierung der wirtschaftlichen Beziehungen zum Festland verknüpfen. Konkrete Probleme der Arbeitskräftemigration, der Grenzöffnung, des verkehrstechnischen Brückenschlags ins Perlfloss-Delta und der sozialen und kulturellen Durchmischung mit dem Festland dürften abstrakte Fragen nach dem internationalen Ruf Hongkongs zunehmend aus der öffentlichen Diskussion verdrängen.

⁴⁶Vgl. SCMP, 3.6.2002; WSJ, 28.6.2002.